

Pharisäer

Als die CDU von ihrer Spendenaffäre geschüttelt wurde und Helmut Kohl sich weigerte, die Namen seiner Spender zu nennen, betätigte sich die SPD wie eine Tugendwächterin. Insbesondere Franz Müntefering tobte sich in seiner dunklen Stimmengewalt aus wie einst ein Jakobiner der französischen Revolution. Und der vom Deutschen Bundestag eingesetzte Untersuchungsausschuss fühlte sich unter seinen „sans culottes“ Neumann und Ströbele wie ein „comitee de salut public“.

Nun steckt die SPD in ihrem eigenen Sumpf. Die Beteiligten verhalten sich ähnlich wie sie es damals den CDU-Aktiven ankreideten. Sie schweigen verbissen, beteuern zwar auch „brutalstmögliche Aufklärung“, um sich immer erst dann zu einer Verfehlung zu bekennen, wenn der Staatsanwalt diese bereits belegt hat. Vor allem versucht die SPD den Skandal zu lokalisieren und unterschlägt dabei, dass Köln zum größten und bedeutendsten SPD-Bezirk Mittelrhein zählt mit einer Machtfülle, wie sie sonst in der ganzen Republik nicht noch einmal anzutreffen ist. Hier übte auch Franz Müntefering

BR-Kommentar

entscheidenden Einfluss aus und kennt sich deshalb selbstverständlich in sämtlichen Niederungen seiner Partei bestens aus. Heute tut er so, als ob er von allem nichts gewusst habe. Ein Mann wie Müntefering, der erfolgreiche Politik mit Hilfe seiner Detailkenntnisse macht, soll von allen Transaktionen seiner Partei keinen Schimmer gehabt haben? Wer's glaubt, wird selig! Verstöße gegen das Parteiengesetz mit finanziellem Hintergrund sind immer verwerflich, weil sie geeignet sind, das Vertrauen der Bürger in den demokratischen Parteienstaat zu zerstören. Die SPD hatte darüber hinaus versucht, die CDU während ihrer Spendenaffäre pauschal als kriminellen Hort zu diffamieren. Für politische Insider war diese Haltung stets eine gewaltige Heuchelei und die hierfür Verantwortlichen bloße Pharisäer. Und eines muss jetzt deutlich gesagt werden: Bei dem aktuellen SPD-Skandal handelt es sich nicht nur um eine Spendenaffäre. Sicher ist, dass die offizielle Herausgabe von Spendenbescheinigungen der Partei an Personen, die in Wahrheit gar nicht aus ihrem Privatvermögen gespendet haben, den Straftatbestand des Steuerbetrugs erfüllt – also weitaus mehr als ein Verstoß gegen das Parteiengesetz. Hier wurden verdiente Genossen, die sich als Strohmänner hergaben, mit Steuervorteilen belohnt. Und ob sich die Affäre zu einem handfesten Korruptionsskandal ausweiten wird, werden die Staatsanwaltschaften sicher in Kürze ermitteln. Dann hat die SPD ein sehr viel ernsthafteres Problem – allen voran Herr Müntefering aus NRW. Es wird jetzt nötig sein, abermals das Parteiengesetz zu ändern, um aus den Vorgängen der vergangenen zwei Jahre die notwendigen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen. Es wird auch nötig sein, dass sich die SPD und einige ihrer scheinheiligen Patrone für ihr Unterfangen entschuldigen, die CDU insgesamt verbal ins kriminelle Abseits gestellt zu haben. W. T.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
Berliner Presse- und Informationsdienste Verlags- und
Werbe-gesellschaft mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 · 10179 Berlin,
Telefon: 030/20 64 16 0 · Telefax: 030/20 64 16 66

CHEFREDAKTEUR
Winfried Tromp

CHEF VOM DIENST
Bernhard Müller-Schoenau

LANDESPOLITIK
Matthias Wambach

LAYOUT UND DESIGN
Nikolas Westphal

REDAKTIONSASSISTENZ
Barbara Ertel

ANZEIGEN
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto-Nr.: 107 117 400, BLZ 100 700 00

SATZ UND BELICHTUNG
DTP-Studio Stöckel GmbH, Tel.: 030 - 25 91 7 14 00

DRUCK
Union Druckerei Berlin GmbH
Storkower Str. 127 a · 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung
übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

SERIE „DIREKTKANDIDATEN FÜR DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG“

Günter Nooke – Spitzenkandidat der Berliner CDU für die Bundestagswahl

Günter Nooke, geboren am 21. Januar 1959 in Forst/Lausitz, zog 1998 erstmals über die Landesliste der Berliner CDU in den Deutschen Bundestag ein. Angetreten ist er damals für den Wahlkreis Mitte-Prenzlauer Berg. Für die Bundestagswahlen am 22. September 2002 tritt Günter Nooke als Direktkandidat im Wahlkreis Pankow (Pankow-Weißense-Prenzlauer Berg) an. Er wurde auf Platz 1 der Landesliste der Berliner CDU gewählt und ist damit deren Spitzenkandidat.

Seit seinem Eintritt in den Deutschen Bundestag setzt sich Günter Nooke schwerpunktmäßig für die Belange der Neuen Länder ein. Nach seiner Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und zum Sprecher der ostdeutschen Abgeordneten ist er innerhalb der Fraktion und des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes für dieses Themenfeld und für Föderalismusfragen verantwortlich. Unter seiner Federführung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter anderem Schwerpunkte für den Aufbau Ost formuliert. Der Antrag „Im Osten was Neues“ wurde auf dem CDU-Bundesparteitag in Dresden und der Klausurtagung der CDU/CSU-Präsidien in Wörlitz beschlossen und ist damit Grundlage für den Bundestagswahlkampf. Günter Nooke konnte in der Bundestagsfraktion durchsetzen, die Lohnangleichung im öffentlichen Dienst mit einer überschaubaren Perspektive voranzutreiben und bei der Beamtenbesoldung und den Honoraren für freie Berufe Sonderregelungen Ost abzuschaffen. Dies ist sowohl mit einem Antrag im Deutschen Bundestag als auch mit einem Parteiantrag Beschlusslage der Union. „Gerade in Bereichen, in denen Ost- und Westdeutsche am selben Ort dieselbe Arbeit verrichten, ist es auf lange Sicht nicht mehr tragbar, wenn ungleiche Gehälter und Honorare bezogen werden. Hier ist die Politik gefordert, kurzfristig Perspektiven aufzuzeigen, wie dieses Problem gelöst werden kann.“

Im Wahlkreis versteht sich Günter Nooke als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger. Den Kontakt im Wahlkreis hält er durch regelmäßige Bürgersprechstunden, durch Besuche bei Firmen und Institutionen sowie über das „Bürgerbüro Günter Nooke“, das sich ab Ende März an der Stubbenkammer Straße 1 in Berlin-Pankow (Prenzlauer Berg) befindet. Dabei treffen seine Wahlkreisangebote auf positive Resonanz und werden vielfältig angenommen. Allein von Anfang Oktober 1999 bis Ende 2001 erreichten ihn über 1500 Anfragen. Dabei geht es um Themen der aktuellen bundespolitischen Auseinandersetzung, wie das Staatsziel Tier-schutz im Grundgesetz zu verankern oder das Gesetz

zur gleichgeschlechtlichen Partnerschaft, über die „Dauerbrenner“ im Wahlkreis, wie den Erhalt der Charité oder Verkehrsprobleme bis hin zu ganz persönlichen Problemen von Menschen, die um Unterstützung bei der Rentenberechnung, bei Rehabilitationsfragen wegen politischer Verfolgung in der DDR oder bei der Auseinandersetzung mit den Behörden – insbesondere bei sozialen- oder Wohnungsfragen – bitten. Günter Nooke freut sich besonders, wenn er dabei erfolgreich vermitteln kann. Immer größerer Beliebtheit erfreuen sich auch die weiteren Angebote im Wahlkreis. Dazu zählen unter anderem die Tagesfahrten durch das „Politische Berlin“ und die Besuche beim Deutschen Bundestag im Reichstagsgebäude, die er über sein „Bürgerbüro“ organisiert. „Seit Eröffnung des Reichstagsgebäudes habe ich mehr als 100 dieser Termine durchgeführt.“ Neben allgemein politisch interessierten Besuchergruppen aus allen Bereichen des täglichen Lebens richtet Günter Nooke das Angebot zum Besuch beim Deutschen Bundestag vor allem an die im Wahlkreis angesiedelten Schulen. Er freut sich, dass dieses Angebot so gut genutzt wird. Immer wieder mischt sich der Bundespolitiker aktiv

in die Belange Berlins ein und versucht, auf die unterschiedlichen Entwicklungen Einfluss zu nehmen und auf Missstände aufmerksam zu machen. Dabei geht es unter anderem um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlösses, die Initiative zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmales auf der Berliner Schlossfreiheit oder die Gedenkstättenförderung. Er kritisierte die rückständige Schulpolitik des Senates im Bereich der fünften Klassen an weiterführenden Schulen und forderte mehr Unterstützung für Schulen in freier Trägerschaft.

Auch in der kommenden Wahlperiode will Günter Nooke wieder die Interessen Berlins im Deutschen Bundestag vertreten. „Ich bitte Sie sehr herzlich, die CDU und mich bei unserem Engagement für Ihr Wohl zu unterstützen. Wählen Sie am 22. September 2002 mit beiden Stimmen CDU!“

Weitere Informationen über
Günter Nooke finden Sie im Internet
unter www.nooke.de.



Günter Nooke ist ein engagierter Politiker mit Blick für's Wesentliche. Er ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Direktkandidat im Bundestagswahlkreis Pankow. Foto: A. Schoelzel

CDU-MDB SIEGFRIED HELIAS ZUM SPD-FINANZSKANDAL:

Die SPD sitzt vor einem Scherbenhaufen

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Schatzmeister der Berliner CDU, Siegfried Helias, weist darauf hin, dass es sich bei der Kölner Spendenaffäre keineswegs um ein lokales Phänomen handelt. Das Eingeständnis des Vorsitzenden der rheinländischen SPD, Harald Schartau, zeigt vielmehr, dass die im Zusammenhang mit der Schmiergeldaffäre stehende Großspende von 500.000 DM, die zwischen 1994 und 1999 portionsweise der Parteikasse zugeführt wurde, weiterreichendere Dimensionen hat. In der Vergangenheit hatte die Union mehrfach auf Ungereimtheiten in den SPD-Finzen hingewiesen. So sind die meisten SPD-Beteiligungen seit 1971 in einer Holding mit dem Namen Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG) zusammengefasst. Der tatsächliche Wert des Stammkapitals der DDVG wurde von der Schatzmeisterin der SPD, wenn auch widerstrebend, mit 750 Millionen DM angegeben. Es dürfte sich jedoch auf ein Milliardenvermögen belaufen, wenn man den in der früheren Presseholding gesammelten Grundbesitz hinzunimmt. Schließlich ist die DDVG an 22 Zeitungen sowie an 16 Hörfunkstationen direkt oder indirekt beteiligt. Im Wahljahr 1997 belief sich der Gewinn der DDVG auf 18,4 Millionen DM. Trotz der im Grundgesetz geforderten Transparenz über das Parteivermögen wurden die Einnahmen der DDVG im Rechenschaftsbericht der SPD durch trickreiches Verrechnen nur mit 2,48 Millionen

DM ausgewiesen. Helias moniert darüber hinaus, dass die Wege, auf denen die SPD zu ihrem gewaltigen Vermögen gelangte, im Einzelnen nur schwer nachzuvollziehen sind. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Vorgang aus den achtziger Jahren. Seinerzeit ging die Staatsanwaltschaft Bonn dem Verdacht nach, dass Spenden in Millionenhöhe über die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) an die israelische Fritz-Naphtali-Stiftung (FNS) gelangt sein sollen. Die CDU hat im Gegensatz dazu in der Vergangenheit „ein hohes Lehrgeld“ dafür bezahlt, Spenden und Spender in ihren Rechenschaftsberichten nicht anzugeben und damit gegen das Parteiengesetz verstoßen zu haben. Die CDU hat jedoch daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen. Der Spendenuntersuchungsausschuss hat durch seine bisherigen Ergebnisse die Aufklärungsarbeit der CDU Deutschlands bestätigt. Heute sind die Finanzen der CDU so transparent wie die gläsernen Mauern ihrer Bundesgeschäftsstelle. Dagegen sitzt die SPD schon nicht mehr in einem Glashaus, sondern bereits vor einem Scherbenhaufen, führt Helias aus. Die Steine, die sie auf die CDU in der Vergangenheit warf, fallen nunmehr auf sie selbst zurück. Helias ist außerdem davon überzeugt, dass die jetzige Parteispenden-Affäre der SPD zweifelsohne zu einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung führt. Die CDU sieht sich in der Pflicht, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Um das zu erreichen, ist Transparenz allein nicht genug,

Vielmehr muss vorgebeugt werden. Denn die CDU-Parteispendenaffäre und das von der SPD bis ins Kleinste betriebene System der Vermögensverschleierung haben gezeigt, dass das Parteiengesetz auch in seiner jetzigen Form eklatante Schwächen aufweist. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist es, ein starkes Parteiengesetz zu schaffen, das geeignet ist, solchen und anderen Verstößen in Zukunft effektiv vorzubeugen und den Wählern ein wirklichkeitstretendes Bild der politischen Parteien zu vermitteln. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zu diesem Zweck ein Eckpunktepapier erarbeitet, das unter dem Motto „Gläserne Parteifinanzen“ mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung gewährleisten soll.

Die wichtigsten Forderungen dieses Papiers sind nach Auskunft von Helias:

- Die Rechnungslegung muss klar und verständlich sein
- Das wirtschaftliche Handeln einer Partei muss neutral sein
- Spenden dürfen die Unabhängigkeit staatlicher Entscheidungen nicht beeinträchtigen
- Bei der Parteienfinanzierung muss die Chancengleichheit gewahrt bleiben
- Die Kontrollmechanismen des Parteiengesetzes müssen verbessert werden
- In das Parteiengesetz ist ein abgestufter Sanktionenkatalog aufzunehmen.